



Änderungsantrag

der Fraktionen von CDU und FDP

Rundfunkgebühren-Staatsvertrag

Drucksache 17/ 488

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt die öffentliche Diskussion über die Neuordnung der Rundfunkgebühren für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich bei den Verhandlungen für den Gebühren-Rundfunkstaatsvertrag für einen Systemwechsel dahingehend einzusetzen, dass eine geräteunabhängige Gebühr festgeschrieben wird.

Das neue Finanzierungssystem muss transparent und effektiv gestaltet, Rechtsunsicherheit vermeiden und sozial ausgewogen sein. Die Gebühreneinzugszentrale soll eingespart werden.

Um breite Akzeptanz und hohen Legitimationsgrad für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in der Bevölkerung zu erhalten, sollen die Verhandlungen nicht unter Zeitdruck geführt werden.

Dr. Christian von Boetticher
und Fraktion

Ingrid Brand-Hückstädt
und Fraktion